

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/029(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 13.03.2012	Beimszimmer	17:00Uhr	19:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2012
- 4 Öffentliche Sprechstunde
 - 4.1 Vorstellung des Mädchenwohnprojektes "ANNA" von SoziaBell e.V.
im Rahmen der Information I0017/12 Hilfen zur Erziehung
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Diskussion zum Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur
Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit
Behinderungen DS0488/11
 - 5.2 Diskussion zum Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur
Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit
Behinderungen DS0488/11/1

5.3	Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg	A0178/11
5.4	Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg	S0044/12
6	Informationen	
6.1	Arbeit der Interventionsstelle, Frauenhaus und Frauenberatungsstelle	I0018/12
6.2	Berichterstattung zur Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket	I0029/12
6.3	Aktuelle Information in Auswertung der gemeinsamen Sondersitzung mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Arbeit der AIDS - Hilfe Magdeburg im landesweiten Kontext	
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Oliver Müller

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Steffi Meyer

Stadtrat Lothar Tietge

Stadtrat Jens Ansorge

Stadtrat Gerhard Häusler

Stadtrat Thorsten Giefers

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Claudia Fund

Geschäftsführung

Amtsleiterin Heike Ponitka

Abwesend

Stadtrat Torsten Hans

Sachkundiger Einwohner Christian

Hausmann

Frau Natalie Schoof

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtrat Ansorge**, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt: 4-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2012

Genehmigung der Niederschrift: 4-0-1

4. Öffentliche Sprechstunde

4.1. Vorstellung des Mädchenwohnprojektes "ANNA" von SoziaBell e.V. im Rahmen der Information I0017/12 Hilfen zur Erziehung

Frau Achtel und Frau Bringezu von SoziaBell e.V. stellen das Mädchenwohnprojekt „ANNA“ vor, das es seit 1995 gibt.

Im Projekt „ANNA“ sind 10 Plätze und 2 Inobhutnahmeplätze vorhanden. Seit 2009 gibt es auch 5 Plätze in der Mutter-Kind Wohngruppe; der Bedarf an diese Plätze ist jedoch höher. Zusätzlich zu den 3 vollstationären Angeboten gibt es auch Außenwohngruppen um den Übergang zur eigenen Wohnung zu erleichtern sowie ambulante Angebote.

Als Rechtsgrundlage gilt das Kinder- und Jugendschutzgesetz.

Sie erklärt weiterhin, dass viele der Mädchen die an dem Projekt teilnehmen, häufig Gewalt und auch sexuellen Missbrauch erlebt haben. Auch Flüchtlingsmädchen, die im Rahmen von Clearingverfahren teilnehmen, werden aufgenommen.

Das Alter der Mädchen liegt zwischen 14 und 21 Jahren. In Ausnahmefällen können aber auch schon Mädchen ab 11 Jahren aufgenommen werden.

Aufgrund der Zielgruppe des Wohnprojektes „ANNA“ wird dieses grundsätzlich nur von Frauen betreut. Der Betreuungsschlüssel ist mit 1:1,85 auch relativ eng.

Ziel des Projektes ist es, die Mädchen und jungen Frauen zu stärken, so dass diese wieder ein eigenes und geregelteres Leben, führen können.

Auf die Anfrage von **Stadtrat Müller**, nach der durchschnittliche Aufenthaltsdauer, erklärt **Frau Achtel**, dass die Mädchen im Schnitt 1- 1½ Jahre am Projekt teilnehmen. Im Mutter- Kind-Bereich sind es im Schnitt 2 Jahre.

Auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Jugendamt läuft gut

5. Beschlussvorlagen

5.1. Diskussion zum Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen DS0488/11

Stadtrat Müller erklärt, dass sich der Gleichstellungsausschuss mit der Drucksache im Rahmen des Selbstbefassungsrechts auseinandersetzen muss, da er in der Beratungskette durch den Oberbürgermeister unverständlicherweise nicht vorgesehen ist. Die Verwaltung lehnt es ab, hierzu in den Ausschuss zu kommen und in ihre eigene Drucksache einzuführen. Die Ausschussmitglieder drücken hierüber ihr Unverständnis aus.

Herr Pischner, Behindertenbeauftragter der LH MD, wurde zu diesem Thema als Gast eingeladen. Er ist noch bei einem anderen Ausschuss und kommt daher etwas später.

Die Drucksache wurde bereits im Gesundheits- und Sozialausschuss besprochen. **Stadtrat Ansoerge** berichtet hierzu und führt in die Diskussion ein.

Er berichtete, dass die Durchführung der Workshops durchaus positiv war. In dem Positionspapier sind zwei Punkte, die vorher im Ursprungspapier waren, nicht mehr enthalten. Deshalb gab es auch den Änderungsantrag vom Gesundheits- und Sozialausschuss.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, erklärt, dass es laut einer aktuellen Bundesstudie Hinweise auf eine hohe Zahl von Frauen und anderen mit Gewalterfahrungen gibt. Besonders gefährdet sind vor allem Mädchen und Frauen mit Behinderungen. Diese brauchen daher einen besonderen Schutz. Und auch in Einrichtungen ist die Gewalterfahrung sehr hoch.

Herr Pischner, Behindertenbeauftragter, erklärt, dass er, wie auch andere Mitarbeiter der Verwaltung, an dem Prozess beteiligt war einen Maßnahmeplan mit Leitlinien zu entwickeln, mit dem Ziel, dass die UN – Konvention in der LH MD umgesetzt werden kann.

Auch **Stadtrat Ansoerge** ist der Ansicht, dass für behinderte Mädchen und Frauen ein besonderer Schutz gebraucht wird, vor allem gegen sexuellen Missbrauch. Dies muss mit in dem Maßnahmeplan aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Ausschusses sind sich einig, dass sich diesem Thema in Sonderheit angenommen werden muss z.B. durch Fachtagungen.

Frau Ponitka und **Frau Fund**, sachkundige Einwohnerin, weisen darauf hin, dass die Artikel 6 und 16 der UN – Konvention in den Maßnahmeplan aufzunehmen sind; mglw. in Form eines Änderungsantrags.

Stadtrat Ansoerge schlägt vor, dass der Punkt 8 ergänzt wird um „Maßnahmen zum Schutz für Betroffene“ und die Artikel 6 und 16 der Menschenrechtskonventionen aufgenommen werden.

Änderungsantrag:

Ergänzungsvorschläge zur:

Anlage 2, Seite 1,

Aufnahme der

Artikel 6 - Frauen mit Behinderungen

Artikel 16 - Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch

Anlage 2, Leitlinie 1, Seite 10, Punkt 8:

Ergänzung:
das Vorhalten von Maßnahmen zum Schutz für Betroffene.

Änderungsantrag: 5-0-0
Abstimmung DS0488/11: 5-0-0
Abstimmung DS0488/11/1: 5-0-0

5.2. Diskussion zum Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN - Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen DS0488/11/1

5.3. Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg
 Vorlage: A0178/11

Frau Meiners, Stadtplanungsamt, bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag ein, der im Rahmen von *Jugend im Stadtrat* gestellt wurde.

Um die Barrierefreiheit für den Bahnhof zu gewährleisten sind verschiedene Dinge geplant wie behindertengerechte Zugänge, im nördlichen Bereich sollen Aufzüge installiert werden und auch Servicepersonal soll zur Verfügung gestellt werden. Der Umbau des Kölner Platzes soll 2013 und die Umgestaltung der Bahnsteige 2016 beginnen. In der Stellungnahme wird erläutert, dass es dann 2 Servicekräfte der DB gibt, die eine mittelfristige Bereitstellung von 6 – 22.30Uhr gewährleisten sollen. Von der LH MD können keine eigenen Servicekräfte zur Verfügung gestellt werden.

Frau Meiners erklärt weiterhin, dass im KRB - Ausschuss ein Änderungsantrag gestellt wurde, wo darum gebeten wird, dass die Stadtverwaltung auf die DB einwirken soll, um die Ziele des Antrags zu erfüllen.

Stadtrat Müller, erläutert, dass, da dieser KRB – Änderungsantrag weder im Ratsinformationssystem eingestellt ist noch als Tischvorlage vorliegt, heute darüber auch nicht im FuG – Ausschuss abgestimmt werden kann. Er schlägt daher vor, im Stadtrat dann dem Änderungsantrag des KRB – Ausschusses zuzustimmen und dies dort für den FuG – Ausschuss auch entsprechend zu signalisieren, ohne über den heute vorliegenden Antrag samt Stellungnahme abzustimmen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden und nehmen Antrag und Stellungnahme lediglich zur Kenntnis.

5.4. Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg
 Vorlage: S0044/12

6. Informationen

- 6.1. Arbeit der Interventionsstelle, Frauenhaus und Frauenberatungsstelle
Vorlage: I0018/12
-

Frau Borris, Leiterin des Sozial- und Wohnungsamtes, bringt die Information ein.

Frau Borris berichtet, dass die Finanzierung auf Vorbehalt beantragt wurde, da aktuellen Stadtratbeschluss die Übertragung der Trägerschaft des Frauenhauses an einen freien Träger vorbereitet wird. Die Kapazität des Frauenhauses soll aber weiterhin bestehen bleiben. Die volle Auslastung für das bisherige Jahr 2012 ist noch nicht erreicht. Gründe dafür sind unter anderem, dass die Frauenberatungsstelle betroffene Frauen auch an andere Netzwerke vermittelt hat.

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Tietge**, ob es neue Erkenntnisse über die Abgabe der Trägerschaft des Frauenhauses durch die LH MD gibt, erklärt **Frau Borris**, dass es den Auftrag des Stadtrates gibt, die Übertragung des Frauenhauses an einen freien Träger vorzubereiten. Da jedoch vom Grundgesetz her das Land Sachsen – Anhalt für die Vorhaltung von Frauenhäusern zuständig ist, muss dieses dann ein solches Angebot an die freien Träger herantragen.

Stadtrat Müller fragt an, ob es denn eine Zusammenarbeit mit Interventionsstellen in anderen Städten, insbesondere in Sachsen – Anhalt, gibt und ob dort auch die Fallzahlen steigen und ein Stellenaufwuchs von Nöten wäre wie hier
Auch in anderen Städten ist das Arbeitspensum sehr hoch, so dass vom Land aus neue Kompetenzen hinzugefügt werden müssten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

- 6.2. Berichterstattung zur Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: I0029/12
-

Frau Borris, Leiterin des Sozial- und Wohnungsamtes, bringt die Information ein.

Sie berichtet, dass die Fallbearbeitung auf einem guten Stand ist und auch die Öffentlichkeitsarbeit voranschreitet.

Von den ca. 9 Mio. € an BUT - Mitteln für zwei Jahre wurden bisher ca. 1,9 Mio. ausgegeben. Geplant ist die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter zu stärken, so dass dort dann mehr Anträge gestellt werden als bisher der Fall ist.

Auf die Frage hin, im welchem Bereich noch der größte Aufklärungsbedarf läge, berichtet **Frau Borris**, dass im Bereich der Lernförderung die Rahmenbedingungen abgeändert werden müssten.

Sie berichtet weiterhin, dass auch die Bearbeitung des Bundeselterngeldes gut läuft und auch die Sportvereine in Magdeburg sehr vorbildlich mitarbeiten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

6.3. Aktuelle Information in Auswertung der gemeinsamen
Sondersitzung mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales
zur Arbeit der AIDS - Hilfe Magdeburg im landesweiten Kontext

Als Gast war zu diesem Thema **Herr Dr. Hennig**, Leiter des Gesundheits- und Veterinäramt, eingeladen. Da er noch einen andern Termin wahrzunehmen hatte, konnte er nicht an dieser Sitzung teilnehmen.

In Absprache mit **Stadtrat Ansorge**, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, wird **Herr Dr. Hennig** dieses Thema im nächsten GeSO einbringen.

7. Verschiedenes

Stadtrat Müller berichtet, dass für die nächste FuG – Sitzung am 17.04. die Einladung von Herrn Dr. Gottschalk, Leiter der Stabsstelle für Jugend-, Gesundheits- und Sozialplanung, erfolgte, an der diesjährigen Armutskonferenz der LH MD, die im Gesellschaftshaus stattfindet teilzunehmen. **Stadtrat Müller** schlägt vor, dass der Ausschuss sich an dieser Konferenz beteiligt. Die Eröffnung findet bereits um 16:00 Uhr statt. Weitere Einzelheiten müssen noch geklärt werden.

Die Ausschussmitglieder unterstützen gern diesen Vorschlag sich dort als Fachausschuss einzubringen und nehmen die Einladung an.

Frau Ponitka, berichtet über die *Frauenaktionstage*, diese wurden sehr gut aufgenommen. Am 23.03. findet der *Equal Pay Day* statt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Oliver Müller
Vorsitzende/r

Natalie Schoof
Schriftführer/in